

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	1
Kapitel 1: Entstehung des Folgerichtigkeitsgrundsatzes.....	9
A. Von der Sach- und Systemgerechtigkeit zur Folgerichtigkeit .....	9
I. Die Begründung des Systemgerechtigkeitsgedankens.....	9
1. Die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	9
2. Rezeption in der Literatur .....	14
a) Die Kritik .....	14
b) Gegenauffassung .....	16
c) Eingeschränkter Anwendungsbereich.....	16
II. Eingrenzung des Begriffs Systemgerechtigkeit .....	17
1. Systembegriff.....	18
2. Sachgesetzlichkeit und Sachgerechtigkeit .....	20
3. Selbstbindung oder Bindung an ein System .....	21
4. Eigenes Verständnis der Systemgerechtigkeit .....	22
III. Die Entwicklung des Folgerichtigkeitsgedankens.....	24
1. Vom Zinsurteil zu den Aufwendungen für ein Erststudium – Folgerichtigkeitsrechtsprechung.....	24
2. Rezeption des Folgerichtigkeitsgrundsatzes in der Literatur.....	34
a) Ablehnende Ansicht.....	34
b) Gegenauffassung .....	37
c) Eigene Auffassung.....	40
B. Systemgerechtigkeit und Folgerichtigkeit – Abgrenzung .....	52
I. Literatur.....	52
II. Eigene Abgrenzung.....	56
Kapitel 2: Folgerichtigkeit als Verfassungsprinzip .....	61
A. Verfassungsrechtliche Begründung .....	61
I. Geltungsgrund in Art. 3 Abs. 1 GG .....	62
II. Geltungsgrund in den Freiheitsgrundrechten.....	69
III. Geltungsgrund im Gebot der Verallgemeinerung .....	71
IV. Geltungsgrund in Art. 20 Abs. 3 GG .....	72
V. Abschließende eigene Bewertung.....	74
B. Konkretisierung des Maßstabs .....	81
I. Anwendbarkeit auf einzelne Teilrechtsordnungen.....	82

II. Systemübergreifende Anwendbarkeit.....	83
1. Steuerrecht und Zivilrecht.....	84
2. Steuerrecht und Sozialrecht .....	85
III. Anwendbarkeit für diese Arbeit .....	85
Kapitel 3: Folgerichtigkeit im Steuerrecht .....	87
A. Der allgemeine Gleichheitssatz.....	87
I. Die Willkürformel .....	87
II. Die neue Formel und ihre Auswirkungen auf die Folgerichtigkeit .....	89
III. Das Verhältnis von Leistungsfähigkeitsprinzip und Folgerichtigkeitsgrundsatz .....	90
B. Systembindung im Steuerrecht .....	93
I. Zweistufigkeit der Systembindung .....	93
II. Prinzipien- oder Systemwechsel als dritte Stufe.....	94
Kapitel 4: Folgerichtigkeit im Erbschaftsteuerrecht .....	97
A. Vorlagebeschluss des Bundesfinanzhofs .....	97
B. BVerfGE 117, 1, 37 – Zweistufigkeit der Vermögensbewertung.....	98
I. Belastungs(grund)entscheidung .....	98
II. Erste Stufe: einheitliche Bewertung nach Verkehrswerten .....	100
1. Geringere Fungibilität von Betriebsvermögen.....	101
2. Bedeutung des Unternehmerrisikos für die Bewertung.....	102
3. Gesteigerte rechtliche Bindung und Sozialpflichtigkeit unternehmerischen Vermögens .....	103
4. Ergebnis .....	104
III. Zweite Stufe: Verfolgung von Lenkungs Zwecken .....	105
C. Folgerichtigkeit der Betriebsvermögensbegünstigungen .....	107
I. Überblick zum Entlastungssystem der §§ 13a und 13b ErbStG .....	107
1. Verschonungsabschlag und Freibetrag, § 13a ErbStG .....	107
a) Regelverschonung (Freistellung zu 85 %).....	107
b) Optionsverschonung (Freistellung zu 100 %) .....	108
c) Abzugsbetrag .....	108
2. Begünstigtes Vermögen .....	109
a) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen, § 13b Abs. 1 Nr. 1 ErbStG.....	109
b) Betriebsvermögen i. S. d. § 13b Abs. 1 Nr. 2 ErbStG.....	109
c) Anteile an Kapitalgesellschaften i. S. d. § 13b Abs. 1 Nr. 3 ErbStG .....	110
3. Entlastung durch die Tariftbegrenzung des § 19a ErbStG.....	110
II. Identifizierung des Systembruchs .....	112

<b>III. Analyse der Entlastungsregelungen für Betriebsvermögen und wesentlicher Beteiligungen an Kapitalgesellschaften im Hinblick auf den Folgerichtigkeitsgrundsatz</b>	<b>113</b>
1. Steuersystematische Einordnung der Begünstigungsregelungen.....	113
2. Gesetzgeberische Lenkungs Zwecke im Erbschaftsteuergesetz.....	114
a) Öffentliches Interesse an der Fortführung von Familienunternehmen .....	115
b) Schaffung/Erhaltung von Arbeitsplätzen.....	117
c) Bedeutung für den internationalen Steuerwettbewerb .....	117
d) Zwischenergebnis .....	118
3. Geeignetheit des Mittels .....	119
a) Tatsächliche Gefährdung des Fortbestands von Familienunternehmen .....	120
b) Mindestmaß an zweckgerichteter Ausgestaltung des Vergünstigungstatbestandes	121
c) Erkennbare gesetzgeberische Entscheidung .....	122
d) Begünstigung nur des tatsächlich fortführenden Erwerbers .....	123
e) Zwischenergebnis zur Geeignetheit des Mittels .....	124
4. Geeignetheit .....	124
5. Erforderlichkeit .....	126
6. Angemessenheit .....	129
<b>IV. Überblick zu den Ausnahmen und Restriktionen für die Inanspruchnahme der Begünstigungen</b>	<b>132</b>
1. Kategorie des Verwaltungsvermögens .....	132
a) Begriff des Verwaltungsvermögens.....	133
aa) Dritten zur Nutzung überlassener Grundbesitz .....	133
(1) Nutzungsüberlassung bei Betriebsaufspaltung und bei Sonderbetriebsvermögen	134
(2) Nutzungsüberlassung bei Betriebsverpachtung .....	134
(3) Nutzungsüberlassung im Konzern .....	135
(4) Nutzungsüberlassung durch ein Wohnungsunternehmen .....	135
(5) Nutzungsüberlassung im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft .....	135
bb) Beteiligungen an (Kapital)gesellschaften .....	135
cc) Wertpapiere und vergleichbare Forderungen .....	136
dd) Kunstgegenstände und vergleichbare Gegenstände .....	136
b) Verwaltungsvermögen der Höhe nach .....	136
c) Bereinigung um junges Verwaltungsvermögen.....	138
2. Lohnsummenklausel .....	138
3. Behaltensfristen und -regelungen .....	140

4. Restriktionen bei Verstoß gegen Behaltensfristen, Lohnsummenklausel und Verwaltungsvermögensquote.....	141
a) Verstoß gegen Behaltensfristen .....	141
b) Verstoß gegen Lohnsummenklausel.....	142
c) Doppelter Verstoß gegen Behaltensfrist und Lohnsummenklausel.....	143
d) Prüfung von Reinvestitionen .....	145
V. Analyse der Restriktionen und Auflagen im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit dem Folgerichtigkeitsgrundsatz.....	146
1. Legitimer Zweck .....	146
2. Geeignetheit des Mittels .....	147
a) Behandlung des Verwaltungsvermögens.....	147
b) Lohnsummenklausel, Behaltensfristen und Nachversteuerung.....	156
c) Sachgerechte Abgrenzung der Begünstigten .....	157
d) Gleichheitsgerechte Ausgestaltung der Begünstigung .....	159
aa) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen.....	159
bb) Nutzungsüberlassungen im Konzern .....	161
cc) (Wohnungs-)vermietungsgesellschaften .....	161
dd) Unterschiedliche Progressionswirkung .....	163
ee) Unternehmerisches Vermögen im Vergleich zu nicht begünstigtem Vermögen..	164
ff) Zwischenergebnis .....	166
e) Identifizierung des Systembruchs innerhalb des unternehmerischen Vermögens..	166
f) Zwischenergebnis zur Geeignetheit des Mittels.....	168
3. Geeignetheit .....	168
4. Zwischenergebnis .....	172
VI. Systemwechsel oder neue Systementscheidung? .....	172
VII. Typisierungsbefugnis .....	175
1. Typisierung der Verwaltungsvermögensgrenze .....	177
a) Zur Typisierung grundsätzlich geeignete Ziele .....	177
b) Vereinfachungszwecke.....	177
c) Beseitigung von Missbrauchsmöglichkeiten .....	179
d) Orientierung am Regelfall .....	181
e) Geringfügige Belastungswirkung .....	182
f) Entstehung eines negativen Kaskadeneffekts .....	182
g) Zwischenergebnis .....	185
2. Typisierung der Beteiligungsgrenze für Kapitalgesellschaften .....	185

a) Zur Typisierung grundsätzlich geeignete Zwecke.....	186
b) Orientierung am Regelfall .....	187
c) Vereinfachungszwecke .....	190
d) Beseitigung von Missbrauchsmöglichkeiten .....	191
e) Geringfügige Belastungswirkung .....	193
f) Zwischenergebnis.....	193
3. Zwischenergebnis zur Typisierungsbefugnis.....	194
VIII. Gesamtergebnis zur Prüfung der Begünstigungsregelungen für Betriebsvermögen	194
D. Folgerichtigkeit der Begünstigungsregelung für zu Wohnzwecken vermietete Grundstücke .....	195
I. Überblick über die Begünstigungsregelung des § 13c ErbStG .....	195
1. Wirkung der Entlastungsregelung .....	195
2. Wegfall der Begünstigung .....	196
II. Analyse im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit dem Folgerichtigkeitsgrundsatz .....	196
1. Legitimer Zweck .....	196
2. Geeignetheit des Mittels .....	197
a) Mindestmaß an zweckgerichteter Ausgestaltung .....	197
b) Gleichheitsgerechte Ausgestaltung.....	198
c) Zwischenergebnis .....	201
3. Geeignetheit .....	201
4. Erforderlichkeit .....	202
5. Angemessenheit .....	204
III. Gesamtergebnis zur Vereinbarkeit mit dem Folgerichtigkeitsgrundsatz .....	204
E. Folgerichtigkeit der Steuerbefreiung des Familienheims.....	205
I. Überblick über die Steuerbefreiung .....	205
1. Reichweite der Steuerbefreiung .....	205
2. Wegfall der Begünstigung .....	206
II. Analyse im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit dem Folgerichtigkeitsgrundsatz .....	207
1. Legitimer Zweck .....	207
2. Geeignetheit des Mittels .....	208
a) Sachgerechte Abgrenzung der Begünstigten .....	208
b) Gleichheitsgerechte Ausgestaltung.....	209
c) Zwischenergebnis .....	214
III. Gesamtergebnis zur Vereinbarkeit mit dem Folgerichtigkeitsgrundsatz .....	214
Zusammenfassung der Ergebnisse .....	215

Epilog: Der Vorlagebeschluss des BFH vom 27.9.2012 zum ErbStG .....	227
A. Ausgangspunkt .....	227
B. Überprivilegierung des Erwerbs von Betriebsvermögen, land- und forstwirtschaftlichem Vermögen und Anteilen an Kapitalgesellschaften .....	229
I. Keine Gefährdung mittelständischer Betriebe durch Erbschaftsteuer .....	229
II. Lohnsummenklausel .....	229
III. Bei Anteilerwerbern an Kapitalgesellschaften lediglich private Vermögenssphäre betroffen .....	232
IV. Behaltensfristen zu kurz bemessen .....	233
C. Keine ausreichende Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit .....	234
D. Verwaltungsvermögen .....	236
E. Cash-GmbHs .....	239
F. Ergebnis .....	241
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>243</b>